

Bezugpreis: Vierteljährlich 2.- M., monatlich 8.- M. ...

Anzeigenpreis: Die halbtägigen Anzeigen ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 30. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Erzberger über Geldwirtschaft.

118. Sitzung. Donnerstag, den 30. Oktober 1919. Am Regierungstisch: Schiffer, Müller, Koch, Sell, Schmidt, Erzberger, Kofke, Schilde, Mayer.

Die Novelle zum Gesetz über das Branntweinmonopol wird in zweiter und dritter Lesung und ohne Aussprache verabschiedet.

Bei der dritten Lesung des Etats ergreift das Wort

Reichsfinanzminister Erzberger:

Die deutsche Öffentlichkeit und die ganze Welt hat Anspruch darauf, Klarheit zu erhalten über den Stand der Reichsfinanzen. Der Etat für 1918 schließt mit insgesamt 79 Milliarden und ist damit der höchste Etat, den das Reich jemals gehabt hat.

um rund 22 Milliarden niedriger

abzuschließen als der Etat für 1918. Im Interesse einer Gesundung unserer Finanzen müssen wir verlangen, daß alle tatsächlichen Ansprüche aus der Kriegszeit in den nächsten drei Monaten angemeldet werden.

Reichsschuld von 212 Milliarden

haben. (Hört, hört!) Im Inland und auch im Ausland ist behauptet worden, daß wir täglich für 150 Millionen Mark Banknoten drucken. Das ist falsch.

Man hat bemängelt, daß der Etat keine genauen Zahlen enthält über die Ausgaben aus Anlaß des Friedensvertrags. Solange wir auf diesem Gebiet nicht völlig klar sehen können, werde ich einen solchen Betrag in den Etat nicht einbringen.

keine Gewalt der Erde

dem vereinten deutschen Volk die Leistungen aus dem Friedensvertrag herauszuholen können. (Sehr richtig!) Deshalb liegt die Leistungsfähigkeit Deutschlands auch im Interesse unserer Gegner, und deshalb muß der Friedensvertrag so umzusetzen werden, daß er unsere Leistungsfähigkeit nicht erschöpfelt und nicht schwächt.

Deutschland und die Sowjet-Blockade.

Die „Times“ vom 26. Oktober berichtet von einem Telegramm folgenden Inhalts aus Moskau, das der deutschen Regierung übermittelt worden sei:

„Die russische Regierung hat Kenntnis davon erhalten, daß die Entente die deutsche Regierung eine Aufforderung haben zukommen lassen, an der Blockade Sowjetrußlands tätigen Anteil zu nehmen. Die deutsche Regierung wird hingewiesen auf die Tatsache, daß, wenn Deutschland an der Blockade Sowjetrußlands teilnimmt, dies von der Sowjetregierung als ein wohlbedachter feindseliger Akt angesehen werden wird.“

Sollte sich die Angabe der „Times“ bestätigen, so erheben wir nicht zum erstenmal die Frage, warum wir über den Einlaß wichtiger politischer Dokumente in Berlin erst über Washington oder London Mitteilung erhalten müssen.

Daß Deutschland dem ihm gestellten Anfinnen noch keine Folge geleistet hat, geht schon aus einer Anfrage in der englischen Unterhausdebatte vom 28. Oktober hervor.

Gegen die Blockade Rußlands.

(Eigenes Telegramm aus Moskau.)

Der Vorstand des eckh-ischingischen Gewerkschaftsbundes erwirkt den Aufbruch an eine Kundgebung von 27 russischen Gewerkschaften, die zum Generalkreuz aufzurufen wollen gegen die Blockade Rußlands seitens der Alliierten.

Das Straßburger Gewerkschaftskartell ländigt gleichfalls die Ausführung des Generalkreuzes für den Fall an, daß die korbhäftigste Entlastung deutscher Arbeiter und Angehöriger durch Milderung ausgedehnt werden sollte.

Der deutsche Markt würde als Absatzmarkt für andere Länder kaum noch in Frage kommen. Deshalb trägt der Friedensvertrag den Keim ungeheurer wirtschaftlicher Erschütterungen in sich.

Wir müssen versuchen, diese Summe in die Form einer festen Anleihe zu bringen, dann wäre den Leibern und den Ländern, in denen sie wohnen, am besten gedient.

Im Ausland über einen Marktvolumen von 16 bis 17 Milliarden. Wir müssen versuchen, diese Summe in die Form einer festen Anleihe zu bringen, dann wäre den Leibern und den Ländern, in denen sie wohnen, am besten gedient.

recht nach dem Kriege. Die Regierung kann hier nicht helfen, keine Regierung der Welt könnte helfen.

das deutsche Volk kann sich nur selbst helfen.

(Lebhafte Zustimmung.) Auch in Berlin könnte viel mehr gearbeitet werden. (Allseitige Zustimmung.) Wo ist das alte faubere Berlin geblieben? (Sehr richtig!) Die Erkenntnis von diesen Dingen muß in die letzte Hütte getragen werden.

Die Schieber fragen nicht nach dem Stande der Saluta, sie schieben, ganz gleich, ob die Mark zwanzig oder fünf Centimes wert ist, sie fragen nur nach dem Verdien. Leider befolgt auch ein Teil des Handels jetzt diese Methode.

alles Folgen des Krieges.

Das muß immer wieder betont werden. Nach der militärischen Niederlage war es nicht möglich, neue Kriegsanleihen aufzunehmen. Die neue Regierung mußte alle Verpflichtungen, die die alte Regierung eingegangen war, erfüllen.

Die Sparprämienanleihe

wird vom 10. bis 26. November aufgelegt werden, und ich hoffe, daß das Resultat günstig für die Finanzverwaltung sein wird.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Uebersichten für Minderbemittelte.

Dem Vorbild der Arbeiterschaft in verschiedenen deutschen Städten sind nun auch die Arbeiter und Angestellten der Gewerkschaft „Alexandria“ in Hönß/Westerwald gefolgt.

Folgen des Elberfelder Terrors.

Der Vorsitzende des Bundes der rheinischen Kriegsbeschädigten Schmahel wurde in Voruntersuchung genommen wegen vollendeten und versuchten Vandalismus.

Streik in der Garnindustrie. Sämtliche Arbeiter der großen Nähfabriken Schärer und Göttingen in Augsburg sind wegen Tarifstreitigkeiten in den Ausfall gerieten.

Reform der Rechtspflege.

Wie wir hören, ist eine allgemeine Reform der Rechtspflege seitens des Reichsjustizministeriums beabsichtigt. Zwischen Recht und Volk soll eine innigere Fühlung dadurch hergestellt werden, daß das Recht mehr dem Volksempfinden angepaßt und dem Volke durch einen staatsbürgerlichen Unterricht die Kenntnis der elementarsten Grundlagen des Rechts vermittelt wird.

Eine Reihe kleinerer Vorlagen, die teils auf dem Wege der Verordnung, teils auf dem des Gesetzes eingebracht werden sollen, steht bevor. So ein Gesetz über die Erhöhung der Gebühren der Rechtsanwaltschaft, wo auch die Entschädigung der Rechtsanwälte für die tatsächlichen Ausgaben bei der Ausübung des Anwaltsberufes in Aussicht genommen ist. Eine weitere Verordnung bezweckt die Lösung der Notkrassen. Während einer bestimmten Frist soll die Ausnahmestellung über Vorarbeiten nur auf interessierte Behörden beschränkt werden, später sollen diese überhaupt der Lösung verfallen. Ferner sollen die kurzen Verjährungen auf ein weiteres Jahr ausgedehnt und ein Gesetzentwurf vorbereitet werden, wonach Hypotheken in Ausnahmefällen nicht nur in Markwährung eingetragen zu werden brauchen.

Sehr besonders interessant ist die bevorstehende Verordnung gegen die Korruption des Schiebertums. Es sollen besondere Wuchergerichte eingeführt werden, in denen je drei Juristen und zwei Laien sitzen, letztere verschiedenen Interessentenkreisen entnommen. Diese Sondergerichte sollen in besonders eklatanten Fällen der Preisstreibererei, des Wunders und der Verletzung von Jagd auf frischer Tat gefaßt und das Urteil beschleunigt bei sofortigem Vollzug und Veröffentlichung der verhängten Strafe fällen. Dabei soll der reelle Handel durch Hinzuziehung von Sachverständigen gesichert werden. Gegen besonders schwere Fälle ist Zuchthaus und Unterjagung des Handels an Händler und ihre Strohmannen vorgesehen. Die Vorlage wird beschleunigt eingebracht werden.

Von den größeren Aufgaben, die sich das Reichsjustizministerium gestellt hat, ist eine einheitliche Gesamtreform des Strafrechts zu nennen, die der Nationalversammlung bei ihrem Zusammenritt im Januar vorgelegt werden soll, wenn der Reichsrat dazu seine Zustimmung erteilt. Daran anschließend ist ein Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes vorgesehen. Auch eine Reform des Zivilprozessrechts ist bis zum nächsten Sommer zu erwarten. Die besonders durch die Verfassung gebotenen Änderungen im Bürgerlichen Gesetzbuch und im Handelsrecht sowie in der Sondergesetzgebung sollen zunächst bald eingebracht werden. Besonders verändert sich insbesondere die rechtliche Stellung der Frau durch die Annahme der Verfassung ganz wesentlich. In der Frage der Verlängerung der Patente scheint das Reichsjustizministerium jetzt einen entgegenkommenderen Standpunkt einzunehmen. Um in der bundesstaatlichen Gesetzgebung die Einheitlichkeit in all denjenigen Fragen zu wahren, die im ganzen Reich eine gleichwertige Regelung erfordern, sollen mit den Justizministerien der Einzelstaaten laufende Besprechungen gepflogen werden.

Stadtratswahl in Kiel.

(Drahtbericht unseres Kieler Korrespondenten.)

Bei der gestern in Kiel stattgefundenen Neuwahl der unbesoldeten Stadträte wurden die vier Kandidaten der Sozialdemokratie, und zwar die Genossen Breckert, Voller, Adam, Biskup mit je rund 15 000 Stimmen gewählt. Die beiden erigenannten Genossen gehörten schon vorher dem Magistrat an, die beiden letztgenannten wurden neu gewählt. Außerdem wurden drei bürgerliche Stadträte gewählt.

Das große Neuenhaken. Zum Landrat des Kreises Stendal wurde unser Genosse Hermann Rosenbruch aus Tangermünde vom Regierungspräsidenten bestätigt. Stendal ist lange Zeit ohne Landrat gewesen.

Der Kongress der Weltmeister.

Es war gesungen, das große Werk, Dank der unermüdbaren Arbeit des Ausschusses, dank der Beihilfe der Presse und der bis zur Erschöpfung seit Monaten fortgesetzten Werbetätigkeit konnte der erste internationale Kongress der Meister eröffnet werden. Die Sportidee im Leben der Völker sah ihren herrlichsten Sieg.

Die verhängnisvollen Nachwirkungen des Krieges verhängten leider viele hervorragende Persönlichkeiten, auf der Versammlung zu erscheinen, die offen war für alle Welt, Reichs-, Staats-, Landes-, Bezirks-, Dorf- und Stadtviertelmeisterchaften der Welt. So bemerkte man in Anbetracht der Verhältnisse und der innerhalb der schwarz-rot-goldenen Grenzspalte gepflegten Sonderart des Sportlebens, natürlich vorzugsweise Deutsche. Groß-Berlin stellte allein annähernd 200 Meister. Doch auch weltberühmte Ausländer fanden sich ein, manche in bizarren und malerischen Trachten, z. B. der Weltmeister der Kopfläger für 1919 von den malakischen Inseln, der hochgewachsene Traberscheich, der zum drittenmal die Meisterschaft für Mesopotamien im billigen Hammelwech trug und der sibirische Kirgise mit der Meisterschaft im Berzehen von Hiegenpissen.

Eröffneten waren u. a. durch rechtmäßige Sportbehörden anerkannte Meister im Ringen, Bogenschießen, Fudball, Hockey, Pferde- und Ferkelreiten, Rad-, Auto-, Kinderwagen- und Schiefstarenfahren, Segeln- und Antriebsfahrten, Speer-, Diskus- und Kieselsteinwerfen, Regels-, Mandolin-, Gitar-, Saiten- und Vaccaratenspiel, Fußgelen-, Stillesitzen, Ballo-, Eis-, Eis-, Stelzen-, Sandalen- und Karlsruhläufen, Segeln, Rudern, Paddeln, Schwimmen, Riefchen, Jigaretten-, Honk- und Opiumrauchen, Hognrot- und sonstigem Regentanz, Tauben-, Kautschuk- und Korbweiden-, Topf- und Korbweiden-, ferner Vertreter vieler anderer Sportarten, die nicht einzeln aufzählen sind.

Die erquiste Versammlung wurde begrüßt und eröffnet durch den Berliner Alawutische, Meister für das dritte Quartal im Verbandstennispiel der Ojseebäder. Jubel erscholl, als er die Bedeutung des Sports in allen Tagen hervorhob und die Kultur-Regierung schilberte, die nunmehr die Menschheit endlich erlangen habe demittelst der Durchdringung mit Sport bis in die Fingergipfen. Bei der Wahl des Präsidiums für den Kongress ging als erster Vorkühnder Weltmeister im Schnelllauf über einen Meterzigig aus Klein-Pantow hervor, zweiter wurde Hr. Codrill, U. S. A., Meister für Ohio im Gummiknoten, dritter der Düsseldorfser Radfahrer Toni, Meister der Gersdorfer Straße während der letzten Sommerferien.

Bei der Wandspitzprüfung entspann sich eine lebhafteste Auseinandersetzung, ob einige Brett- oder Kartenpieler und die Dauerredner als Repräsentanten legitimer Sportausübung zugelassen werden dürften. Mehrfach wie man darauf hin, daß auf diesen

Minister Haenisch und die entschiedene Schulreform.

Gegen zwei Essener Lehrer, die sich für die entschiedene Jugendbewegung eingesetzt hatten, war ein Reststreifen realitätsnäher Kritik entworfen worden. Nach eingehender Untersuchung erklärte Genosse Haenisch Wittmoß den geladenen Pressevertretern, daß er mit dem ganzen Herzen auf Seiten der entschiedenen Schulreform stehe und nur die Mäßigkeit nehme, die ihm sein Amt als Minister einer Koalitionsregierung auferlegt. Die Essener Lehrer werde er vor jeder Verfolgung schützen, und er wünsche, daß es möglich sei, im Industriegebiet eine Reformschule zu schaffen, in der die Schulreformer zeigen könnten, was sie auf pädagogischem Gebiet zu leisten imstande sind.

Der „königliche“ Leutnant.

Auf den Artikel „Zwei Stimmungsbilder“ in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 25. Oktober überfandet uns der „königliche“ Leutnant, dessen Verlobungsanzeige dort mitgeteilt war, eine Entgegnung in Form eines Briefes an die Einsenderin der Notiz, aus dem zum mindesten einige Partien für die Öffentlichkeit Interesse haben dürften. Wir zitieren:

Ich kann Ihnen auf die Bemerkung über die „heldenhafte bolschewistische Landwehr“ nur das eine sagen, daß Sie absolut nicht den geringsten Schimmer haben, was die bolschewistische Landwehr für eine Truppe ist und für unser Heeres deutsches Vaterland geleistet hat und noch leisten wird. Die Landwehr wird im Verein mit den im Feldzug weilenden und bestimmten hiesigen deutschen Truppen, die nunmehr unter russischem Schutz stehen, weiter so brav kämpfen wie bisher.

Daß ich meinen Titel beibehalte, dürfte wohl niemand wundern, da es doch bisher jeder getan, der einen Beruf hat und stolz auf ihn ist. Daß ich nun „Igl.“ preußischer Leutnant der Reserve bin, ist Unschick. Sie haben aber sehr recht, wenn Sie schreiben, daß ich mich selber fühle, sicher in meiner Ansicht und — Politik! Ich fühle mich noch „Igl.“ und kämpfe auch für eine bessere Zeit, nicht für die alte!

Hoffentlich habe ich mich klar genug für Sie ausgedrückt. Im übrigen wünsche ich Ihnen eine gute Verdauung meiner Zellen.

Hochachtung

Stang Rame, 1st. Leutnant d. Res. Königberg i. Pr.

Herr Lange ist also ein königlicher Preuse unter russischem Schutz, nachdem er vier Jahre lang gegen die Russen als „den Feind“ gekämpft hat, wird also auf deutsch ein Landknecht in fremden Diensten, worauf auch sein Titel und seine Ausdrucksweise deutlich genug hinweisen. Seine Person interessiert uns nicht weiter, nur insofern, als sie typisch ist für die Denkart einer bestimmten Clique, der er angehört und die im besten Begriff ist, mit ihrer unerschütterlichen Eigenmächtigkeit das deutsche Volk in das größte Unglück zu bringen, wenn ihr nicht schleunigst das Handwerk gelegt wird.

„Grenzen des Gastrechts“.

Vom Genossen A. Grigorjanz erhalten wir zum obigen Thema folgende Zuschrift:

Um zum Ausdruck zu bringen, daß Ausländer in Deutschland sich totalvoll zu verhalten haben, und daß den russischen Bolschewiki in Deutschland das Handwerk gelegt werden muß, hat der Genosse Fritz Spiegelberg einen Artikel über die „Grenzen des Gastrechts“ geschrieben. („Vorwärts“, Abendausgabe vom 27. Oktober.)

Nicht nur Deutschland, sondern die Arbeiterklasse der ganzen Welt, also die ganze Menschheit, hat das größte Interesse daran, daß sich die neuen Verhältnisse in Deutschland in der durch die Revolution eingeschlagenen Richtung stabilisieren. Wer nicht weiß, was da in Deutschland an Neuem geboren wird, dem ist nicht zu helfen. Um so wichtiger ist es darum, die bolschewistischen Vagabunden sich vom Leibe zu halten, deren vom Sozial vorbestimmte Arbeit darin besteht, unauflösbare Massen einer Aufklärung anzudehnen zu machen und wilde Injuncten zu werden.

Wenn also der erwähnte Artikel letzten Endes eine Selbstverständlichkeit ausdrückt, so kann und darf die Argumentation des

Gebieten immerhin der Verdacht gewisser geistiger Verwilderung geschäftig sei. Der gesunde Sport müsse solche Erwartung entschieden ablehnen. Nach einer den Gegenstand erscheidend beleuchtenden Rede des türkischen Weltmeisters Koso-Eddin mußten einige Spieler ausgeschlossen werden. Jedoch blieben dem Kongress erholten der Stammeister 1918 für Sachsen-Altenburg, nach einer persönlichen Demonstration über den Verkauf der letzten zwanzig Kunden in dem viertägigen Tanerlat, bei dem er seine Würde erlangt, dann der Meister der Dauerrede im Parlament von San Marino nach Wiederholung seiner Ausführungen über die Rechte und Pflichten der Führer, mit denen er in einer angestrengten Nachsicht den Titel erwarb. Die Darlegungen waren geeignet, jede Spur des aufgeregten Verdachts zu beseitigen. Das Resultat wurde mit Handklatschen aufgenommen.

Es begann die eigenartige Arbeit. Mit einigen Veränderungen wurden die Satzungen angenommen, entworfen von einem Komitee, bestehend aus dem indischen Weltmeister im Stehen auf einem Fleck, dem Meister im Seilklettern für den Hohenstaufen Bezirk und dem Hrn. Batrik D'Olin, Meister der kurzen Seitenkule für die Grafenschaft Lippertary.

Als Hauptziele des Bundes wurde Groß-Dalborf (nicht zu verwechseln mit dem früheren Klein-Dalborf, jetzigen Wittenau) bestimmt. Zweigvereinigungen wurden eingerichtet in Koston, Comdab, Wlehen an der Klamause, Thomadville (Georgia), Spierenhütte bei Schilda und Berlin. Mitglied des Bundes kann nur werden, wer mindestens für einen Monat und ebenso mindestens für den Umfang eines Waisenspiegelsbezirks die Meisterschaft in einer der anerkannten Sportarten erwirbt. Erster Präsident des Bundes wird der Vorkämpfer von the World Lincoln Razorfaife, dessen schwarze Hautfarbe allerdings einige Opposition bei den amerikanischen Delegierten weicher Abstammung weckte. Seine unübertrefflichen Verdienste liegen aber schließlich den Widerspruch verkommen. Als Vertreter für ihn wählte die Versammlung den schwedischen Meister im Wasserziehen aus Lierkrügen, Lederle. Eine ehrenvolle Anerkennung der Würde des Sports in deutschen Gauen.

Damit waren die geschäftlichen Aufgaben des Kongresses erledigt. Viel Verfall fand die Verteilung einer auf seinem Väterpapier gedruckten Festnummer des illustrierten Organs „Sport in jeder Sekunde“ mit einem glänzenden Artikel des bekannten Radfahrers Hugo Knipperich über die Notwendigkeit, endlich die Propaganda auch auf die heranwachsende Jugend im zweiten bis dritten Lebensjahr auszudehnen.

Sollen wir noch die der Unterhaltung und Erholung gewidmeten Stunden schildern? Das Wettkommen auf unbedeckte Ebenen, die instruktiven Vorführungen des Weltmeisters in Nasenmuskeln, das Hüpfen auf einem Bein über sechs Kilometer um den von einer hochgestellten Sonnenin gestifteten Ehrenpotal? Das würde zu weit führen.

Verfasser nicht ohne Erwiderung verdingen und zwar nach dem bewährten Grundtag: Hört auch die Gegenseite!

Genosse Spiegelberg führt als Zeichen besonderer Duldsamkeit der deutschen Arbeiterklasse und Sozialdemokratie die bekannte Tatsache an, daß vor dem Ersten Weltkrieg tausende russisch-polnischer Landarbeiter und italienischer Grubenarbeiter jahraus jahrein nach Deutschland kamen. Es kann demnach herausgehoben werden, daß es dem Genossen Spiegelberg die „vielen“ von diesen Arbeitern verdienten Gelder, die sie „fast ganz nach Hause schickten“, angehen haben. Was denn darin wirklich das, was man „Gastrecht“ nennt? Ach, nein! Da war keine Spur von ausländischen Rechten, das war nichts weiter als unerschämteste Ausbeutungsfreiheit, und wenn dieser Rechten kommt, so war das nur durch die relative Schwäche — politisch und wirtschaftlich — des deutschen Sozialdemokratie zu erklären. Genoss ist ihre historische Leistung ohne Beispiel enorm, aber sie war zu jener Zeit eben nicht stark genug, um die schändlichen Praktiken der herrschenden und ausbeutenden Klassen zu beseitigen. Ich empfinde dem Genossen Spiegelberg, das Protokoll des Hamburger Gewerkschaftskongresses vom Jahre 1908 zur Hand zu nehmen und dort die Seiten von 139 bis 142 nachzulesen. Karl Legien gibt da eine Charakteristik des „Gastrechts“, die nicht an Klarheit zu wünschen übrig läßt. Kein geringerer als Legien, ich glaube, das genügt!

Vom Gastrecht und einer Duldsamkeit kann also hier ebenso wenig gesprochen werden, wie von einer Duldsamkeit gegenüber der damaligen Anwendung des „Tippereiparagrafen“ gegen Streikende, oder von einer Duldsamkeit der Verhandlungen von Soldaten, oder von einer Freundlichkeit gegenüber den Großgrundbesitzern, der man ja das Dreifläschenrecht „duldet“. Anders liegen die Verhältnisse bei dem anderen vom Genossen Spiegelberg angeführten Beispiele. Gewiß waren die Fälle zahlreich, in denen gelehrte Handwerker aus dem Osten die Vermählungen und Erfolge des gewerkschaftlichen Kampfes durchkreuzten. Zur Ehre der deutschen Gewerkschaften sei ausgedrückt, daß sie sich nie auf die schiefen Ebene des engen „Nur-Trade-Unionismus“ gestürzt haben. Darin hat Genosse Spiegelberg schon recht. Unrecht hat er aber, wenn er diese allerorts traurige Erscheinung als etwas Einzigartiges darstellt. Da ist es notwendig in Erinnerung zu rufen, daß englische und französische Reiner, Parrierer, Wäcker usw. usw. ganz ähnlich über deutsche Gewerkschaften, die nach England und Frankreich kamen, sprachen, wie Genosse Spiegelberg über die Spinoziden in Deutschland. Es dürfte zur Genüge bekannt sein, welche Vorwürfe über Lohn-Drückerei usw. den deutschen Einwanderern in den genannten Ländern gemacht wurden.

Gerechtigkeit nach allen Seiten! Das ist es, was vor allem notwendig ist. Immer den Blick auch nach der anderen Seite schweifen lassen und nicht glauben, daß man allein das Geheimnis der Wahrheit und den Sinn für das Richtige in sich birgt. Den Fremden in seiner Eigenart als vollkommen gleichberechtigt anzusehen, aufrichtig, bis zur letzten Schlussfolgerung, das tut not. Wenn diese Maximen befolgt würden, dann wird man finden, daß Auswäucher und Ausländervereinigungen durch bestimmte Vereinbarungen, vor allem aber durch lange und weit erforderte Arbeit und Organisation erst auf internationaler Basis aus der Welt geschafft werden können. Dann wird man auch Worte der Warnung und Gerüstung finden für die schändlichen Tendenzen in eigenen Hause, wie sie z. B. sich jetzt bei den Auswanderungs- und Kolonisationsbestrebungen dreinmachen wollen, da man leider nicht genaugen bedacht hat, daß man über fremde Länder nicht so einfach Pläne bauen kann. Und so weiter, und so weiter.

Recht dem je in seiner neuzeitlichen Geschichte ist Deutschland jetzt auf die Sympathien der übrigen Welt angewiesen. Sehr schön schreibt heute Friedrich Stampfer im „Vorwärts“: „Und so ist heute die Sache Deutschlands zugleich auch die Sache aller Unterdrückten die Sache aller Unterdrückten und die Sache Deutschlands.“ Niemand verläut von Deutschland, daß es dabei zum Anwalt aller Unterdrückten werde, aber man sollte auch nicht von den „Grenzen des Gastrechts“ reden. Es gibt wirklich Wichtigeres zu tun.

Gegen Mitterverdrückungen. Da in der letzten Zeit grob: Verschickungen von Gütern insbesondere Vieh- und Getreideexporten von Sibirien in das nordafrikanische Abstimungsbereich hatgehunden haben, ist die Südgrenze des Abstimungsbereichs durch Truppen gesperrt worden. Alle Getreide-, Vieh- und sonstigen Warentransporte, welche diese Linie passieren, bedürfen einer Genehmigung des Demobilisationskommissars.

Die Weiler gingen mit dem Bewußtsein auseinander, endlich das erlösende Stigma gefunden zu haben zur Heilung und Neuaufrichtung der Zivilisation in allen Zonen unseres Planeten. Mög der junge Bund blühen, gedeihen und erstarben. G. G.

Die Internationale des Geistes. Romain Rolland hat nicht, wie in Deutschland zu lesen war, den Aufruf der Gruppe „Globe“ unterzeichnet. In einem Brief an Wilhelm Herzog, den dieser im „Forum“ abdruckt, schreibt er: „Gegenwärtig herrscht überall eine Tendenz, die moralischen Defekte dieser Jahre zu verzeihen und — infolge Mäßigkeit, Schwäche, Kameradschaft — die verdrängtesten Bundesgenossen wieder aufzunehmen. Ich lehne sie für mich ab, solange diese sogenannten Bundesgenossen nicht ihre Aufrichtigkeit bewiesen haben. Auch ich finde, daß die Zeit der „Aufrufe“ vorüber und daß es jetzt nötig ist, zu fruchtbarer Arbeit zurückzukehren. Aber ich teile nicht Ihre Hoffnung auf einen baldigen Sieg der Idee über die Gewalt. Ich glaube vielmehr, daß die Gewalt in dieser Welt für lange Zeit entsetzlich, daß die Menschheit in ein Zeitalter der Weltverrohung eingetreten ist, und daß wir tief zu tun haben werden nicht um die Idee Recht werden zu lassen, sondern um sie zu retten. Tessen befehlige ich mich.“ Rolland wendet sich gegen einen Kongress der Geistesigen aller Länder. Diese Schwärmerien interessieren ihn wenig. Und er ist der Meinung, daß man nicht hoffen darf, auf einem Kongress große Weiler zu bereiten, die Besseres zu tun haben, als sich an brutalistischen Spielen zu beteiligen.

„Jahrbuch Straußfahrt“, eine Grotzke von Kladynd. hatte im Bafeler Stadttheater einen sehr fröhlichen Erfolg. Es ist eine wichtige Lobhymne auf die Faulheit, eine Kampfanlage bequemer gelauener Jugend an das in Arbeit erstarbte Alter, eine Art Hasenleberische „Sohn“, Philosophie ins Grotzke verzerret.

Grundriss der Erziehungsfrage nennt Wilhelm Ostwald eine kleine Schrift, die im Verlag Gesellschaft und Erziehung erschienen ist. Sie ist die erste Nummer einer Sammlung von Schriften, die sich die Aufgabe gesetzt hat, die modernen Ergebnisse der Erziehungs- und Pädagogikwissenschaften, wie sie namentlich die Psychologie und die Soziologie bereitgestellt haben, darzustellen. Der berühmte Chemiker und Universitätslehrer entwickelt darin, daß alle Erziehung unermüdet zu sozialer Befähigung, äußerlich zu besser sozialer Leistungsfähigkeit führen soll. Diese Grundzüge finden in der Großart ihre Anwendung auf Volk, Mittel- und Hochschule.

Eine „Forschungsgesellschaft für wirtschaftlichen Baubetrieb“ ist in Berlin mit der Aufgabe gegründet worden, die Methoden, Arbeitsvorgänge und Geräte im Baubetrieb zu prüfen und zu verbessern. Dies soll in Anknüpfung an die Anregungen Lohrs und Gillebrühs und an die Ergebnisse der industriellen Psychotechnik geschehen. Der Reichs- und Staatskommissar für das Wohnungswesen hat Unterstützung zugesagt.

Wahl. Für die Berliner Strauß-Tage unter verlässlicher Leitung des Komponisten wurde folgendes Programm festgelegt: 18. Nov. Dichter-Kongress: Eine Alpenfönche, Die Kumpelgeis, einige Zehre, Lieber mit Orchester. 20. Nov. Wiederabend Heinrich Schumann, am Klavier Richard Strauß.

Industrie und Handel.

Börse.

Im Hinblick auf den Ultimo wurden auf einzelnen Gebieten Abreden vorgenommen, die zu einer leichten Abschwächung der Tendenz führten. Insbesondere war dies in den Hauptspeditionsmärkten der Fall, vor allem am Kolonial- und Petroleummarkt. Montanpapiere waren ziemlich gut gehalten. Schönig konnten ihre Steigerung fortsetzen. Ober-schlesische Werte waren meist niedriger. Von Schiffahrtaktien waren Deutsch-Australier und Argo-Dampfer beliebt; Nord- und Elektropapiere neigten zur Schwäche. Rüstungswerte waren uneinheitlich. Bankaktien vornehmlich heimische Anleihen unweitlich niedriger.

Groß-Berlin

Neue Erhöhung der Gaspreise.

Die Große Deputation des Berliner Magistrats hat sich am Mittwoch sehr eingehend mit der Preisfestsetzung von Gas und Elektrizität beschäftigt. Es wurde ein Antrag angenommen, der dahin geht, 70 bis 80 Pf. pro Kubikmeter Gas bis zum 1. Januar n. J. zu erheben. Abgelehnt wurde ein Antrag, die Abnehmer von Gas bis zu 500 Kubikmeter (jetzt 300 Kubikmeter) noch zu den Kleinalnehmern zu zählen und zu bevorzugen. Mit dem Grundgedanken, die Einkommen und nicht den Verbrauch in Zukunft als ausschlaggebend für die Differenzierung der Tarife für Gas und Elektrizität zu betrachten, wurde von allen Seiten geredet und dürfte dieser zur Einführung gelangen. Die höheren Gaspreise sollen sofort erhoben werden, um größere Höchstbeträge zu vermeiden.

Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Berlin.

Am Mittwochabend hielt der Sozialdemokratische Verein Berlin eine außerordentliche Generalversammlung ab. An Stelle des Genossen Schilke, der als Referent vorgesehen, aber durch wichtige Amtsgeschäfte verhindert war, sprach Genosse Dr. Löwe aus dem Reichswirtschaftsamt über die wirtschaftliche Lage. In seinem inhaltreichen Vortrage zeigte der Redner, daß die Regierung bestrebt ist, alles zu tun, was zum Wiederaufbau und zur Gesundung unseres Wirtschaftslebens erforderlich ist. Diesem Bestreben dienen die Finanzpläne der Regierung sowie die Maßnahmen, die zur Hebung der Produktion bestimmt sind. Die wichtigste Voraussetzung zur Erreichung dieses Zieles ist die Wiederherstellung und Stärkung der durch den Krieg verwüsteten Arbeitskraft des Volkes. Es gilt, die Volksgesundheit zu heben und vor allem die ausreichende Ernährung zu sichern. Zu diesem Zweck muß die Zwangsbewirtschaftung der wichtigsten Lebensmittel so lange wie möglich aufrechterhalten werden. Auch die Wohnungsfrage muß geregelt werden. Ihre beste Lösung ist die Erhaltung, die auf einer bald erfolgreichen geschäftlichen Grundlage durchgeführt werden muß. Im Vordergrund steht die Schaffung einer neuen Arbeitsverfassung, die Demokratisierung der Produktion, wozu der Anfang gemacht wird durch das Betriebsrätegesetz, dem die Einführung der Wirtschaftsräte mit dem Reichswirtschaftsamt als Spitze folgt. Die Einführung des Lohnsystems und der Arbeitbarkeit unter Kontrolle der Arbeiter, wodurch die Schäden dieser Systeme vermieden werden, wird sich nicht umgehen lassen. Die Arbeitsfreudigen müssen gegenüber den Arbeitsunlustigen geschützt werden. Von größter Bedeutung ist die Hebung der Kohlenproduktion und des Transportwesens. Das Verlangen der Bergarbeiter nach einer kürzeren als der achtstündigen Arbeitszeit ist berechtigt. Wenn wir erst die Schwierigkeiten unserer Produktionslage überwunden haben, wird durch internationale Regelung der Sechstundentag für die Bergarbeiter eingeführt werden müssen. Unsere Industrie, soweit sie inländische Rohstoffe verarbeitet, hat sich gut entwickelt. Sie ist mit Aufträgen überhäuft. Sehr schlecht steht es mit der auf ausländische Rohstoffe angewiesenen Industrie, namentlich der Leder- und Textilindustrie. Wenn die Schwierigkeiten und Preissteigerungen auf dem Weltmarkt so weitergehen, wird die Zwangsbewirtschaftung wieder eingeführt werden müssen. Die Einfuhr muß unter strengster Kontrolle gestellt werden. Ein Gesetz ist in Vorbereitung, welches schwere Freiheitsstrafen, auch Zuchthaus, für die Schieber vorsieht. Da die ordentlichen Gerichte dem Schiebertum gegenüber manchmal besorgt haben, werden zur Aburteilung der Schieber Sondergerichte eingesetzt werden. Das wirksamste Mittel gegen die Schieber wäre so, wenn die Konsumenten die teuren Schieberwaren wie Schokolade, Zigaretten usw. nicht kaufen würden.

Wir seien jetzt nicht vor einer Periode des Sozialismus, sondern vor einer Periode des Kapitalismus, der aber im Gegensatz zu dem früheren Kapitalismus ein demokratischer sei. Die Arbeiter stehen gleichberechtigt neben dem Unternehmer. Der Fortschritt zeigt sich deutlich in der Arbeitsgemeinschaft. Wir sind auf dem Wege zum Sozialismus. Wenn wir dem Unternehmertum die Gleichberechtigung in der Produktion abgerungen haben, so ist das ein Sieg im Klassenkampf. Neben den Produzentenorganisationen müssen auch die Konsumentenorganisationen ausgebaut und zur Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens herangezogen werden. So kommen wir zum Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Dem Vortrage folgte eine rege Diskussion, in der im allgemeinen Uebereinstimmung mit den Grundgedanken des Referenten zutage trat.

Die Versammlung nahm dann Stellung zu den vom Bezirksvorstand herausgegebenen Richtlinien für die innere Organisation des Sozialdemokratischen Vereins. Dieselben wurden angenommen mit der Aenderung, daß innerhalb der Abteilungen nach Bedarf Jahlabende stattfinden, die einheitlich am vierten Mittwoch im Monat abgehalten sind.

Ein Antrag der 37. Abteilung, bei unserer Fraktion der Rationalversammlung dahin zu wirken, daß das Betriebsrätegesetz noch in diesem Jahre erledigt wird, wurde dadurch als erledigt

betrachtet, daß der Vorstand auf Antrag der Fraktion der Rationalversammlung bereits in diesem Sinne vorgegangen ist.

Von zwei Abteilungen lagen Resolutionen vor, die sich gegen das dem Reichswirtschaftsamt durch die Fraktion der Rationalversammlung am 28. September erteilte Vertrauensvotum erklärten. — Die Versammlung beschloß gegen wenige Stimmen Uebergang zur Tagesordnung.

15 Stunden lebendig im Sarge.

Am Dienstag nachmittag gegen 5 Uhr bemerkte ein vom Kraftwagenführer Tillau, Berlin, Besitzer, 6, gezeichnetes Automobil der Wasserstands-Kommission im Grunewald zwischen Kollassee und dem Großen Stern, unter einem Baume liegend, eine merkwürdige Person, die nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Die Herren führten die etwa 25jährige, in Schwärzentracht gekleidete Frau zur Grunewald-Feuerwache. Von hier aus wurde sie zum Vertrauensarzt der Gemeinde Grunewald, dem prakt. Arzt Dr. Richard Wagner, Hübnerallee 15, gebracht, der den bereits eingetretenen Tod feststellte und als vermutliche Ursache Morphiumvergiftung annahm. Rummehr erfolgte gegen 8 Uhr abends die Einlieferung der vermeintlichen Toten. Der Sarg wurde geschlossen und in der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in der Bornstedter Straße zu Dalenke untergebracht. Als am Mittwoch früh zur Feststellung der Identität der Frau der Sarg geöffnet wurde, bemerkte man, daß die „Leiche“ atmete. Sofort unternommene Wiederbelebungsvoruche waren von Erfolg. Der nun schlunig nochmals herbeigeholte Arzt, Dr. Wagner konnte nur feststellen, daß er sich geirrt habe, und die Ueberführung der Bewußtlosen nach dem Krankenhaus anordnete. Man hofft, die Wundheilung am Leben zu erhalten. Der Unbekannte führte feinstes Papier bei sich. Eine genauere Betrachtung der Kranken hat W. Ergonale am Hals und Blutungen ergeben, so daß die Möglichkeit eines Verbrühens nicht von der Hand zu weisen ist. Wie es möglich war, daß in unseren Tagen ein so grausames Verbrechen von arglistiger Seite geschehen konnte, wird wohl eine sofort einzuleitende Untersuchung ergeben.

Am Dienstag erloschen. Große Aufregung verursachte gestern abend eine schicksalhafte Lösung in der Schachwelt von Spielmann in der Friedrichstr. 139. Unter den Gästen dort befanden sich ein 24 Jahre alter Geselle Josef Kottner vom Jokus Nr. 5 und ein Mädchen, die an einem Abende beisammen saßen. Im Laufe der Unterhaltung nahm Kottner eine Revolverpistole aus der Tasche und spielte damit, obwohl sie schon geladen war. Plötzlich ging ein Schuß los. Die Kugel drang dem Mädchen an der rechten Seite in den Leib und verletzte es so schwer, daß es sofort nach dem Klinik in der Fiegelstraße gebracht werden mußte. Hier starb es unter den Händen der Ärzte. Kottner wurde wegen fahrlässiger Tötung verhaftet. Die Persönlichkeit des erschossenen Mädchens ist noch nicht festgestellt.

Mit Handgranaten und Pistolen. Ein miltärischer Hausüberfall wurde in der vergangenen Nacht in der Allee Rauhstr. 9 im Tiergartenviertel verübt. Im Obergeschoß dieses Hauses wohnt der Weinbändler Kuttner, der das bekannte Weinhäusl seines Namens in der Fiedrichstr. 111 betreibt. Herr Kuttner hatte um 1 Uhr nachts noch mehrere Herren zu Besuch in seiner Wohnung. Während man sich harmlos unterhielt, klopfte es plötzlich und ein Bajonettschloß mit neun oder zehn Mann verlangte Einlaß, um Herrn Kuttner zu sprechen. Der ganze Trupp war mit Handgranaten und Pistolen bewaffnet. Der Bajonettschloß, ein Unteroffizier und ein Mann traten ein und erklärten, eine Durchsuchung vornehmen zu müssen, weil in den Räumen ein Spielzeug toy. Kuttner schloß die Tür ab, um so mehr, als kein Polizeibeamter die Soldaten begleitet, und weil er meinte, daß ohne Polizeibeamte Soldaten derartige Amtshandlungen nicht vornehmen dürfen. Er verlangte deshalb von dem Führer, dem Bajonettschloß, einen Ausweis über seine Person und seinen Auftrag. Der Bajonettschloß konnte ihm jedoch nichts anderes zeigen als einen Kleinschloß. Damit begnügte sich Kuttner nicht. Während der Auseinandersetzungen bemächtigte einer der Gänge das zuhörige Polizeirevier in der Königin-Augusta-Straße. Von dort kamen alsbald mehrere Beamte. Unterdessen hatten sich die meisten Soldaten schon wieder entfernt. Die Polizeiwachmeister trafen nur noch den Bajonettschloß, den Unteroffizier und den Mann in der Wohnung an und hielten alle drei fest, bis von der ihnen benachbarten Hauptwache des Sturmabteilungsschmitt im Reichsmarineamt in der Königin-Augusta-Straße ein Offizier mit Begleitmannschaften kam und sie nach der Wache abholte. Hier ergab sich, daß nur der Unteroffizier und der Mann dem Detachement angehörten. Der Bajonettschloß mocht über seine Person sehr verschiedene Angaben, die noch der Klärung bedürfen. Die Ermittlungen des Sturmabteilungsschmitt führten bereits zur Verhaftung von drei weiteren Soldaten des Detachements, die bei dem Anschlag beteiligt waren und sich vor der Ankunft der Polizei schon entfernt hatten. Andere Verhaftungen stehen noch bevor.

Widern. Ein „wahrer Anarchist“. Und wird geschrieben: Das Angehörige ehemaliger Streikbrecher-Organisationen seit dem 9. November die radikalen Maulhelden der U. S. V. und A. P. geworden sind, ist eine bekannte Tatsache. Auch unser Ort hat eine solche Rekrute aufzuweisen, und zwar in der Person des Gemeindevertreters Möhle (U. S. V.). Er war bis kurz vor dem 9. November Mitglied des gelben Verbands der Firma Schwarzlopp-Wilbau und hatte es, jedenfalls durch „besondere Fähigkeiten“ bis zum 9. November dieser Streikbrecherorganisation gebracht. Anlässlich des Metallarbeiterstreiks brachte für unseren Ort die U. S. V. und Wasserperre. Da war es gerade der Gemeindevertreter Möhle, welcher sich mit Händen und Füßen dagegen sträubte, daß Schritte zur Behebung dieses Uebelstandes unternommen werden sollten. Er erklärte für sich und seine Fraktion, daß jegliche Kooperationsarbeit als Streikbruch zu betrachten sei. Ein besonders „günstiges“ Licht auf den Herrn Gemeindevertreter wirft eine von ihm selbst verfasste „Denkschrift für den Arbeiter-Verein Schwarzlopp-Wilbau“, die am 1. Januar 1918 erschien. Kein Wort vom Streik ist in ihr zu finden, kein Fluch dem Kriege oder dem Kapitalismus. In holder Eintracht mit dem Unternehmer marschierte der heutige „Welterevolutionär“ damals. Er spricht von den Mitgliedern des Vereins, die „für die Zukunft und Existenz der Vatermuttergebliebenen (nicht des Kapitalismus) D. Red.) ihr Leben in die Schanze“ schlugen. Als richtiger Valai des Kapitalismus findet er es natürlich auch für sehr angebracht, daß sein Verein „auf keinen Fall im Nachhinein der Kampf-Gewerkschaften“ legte dar. Das zu verhindern, muß jeder einzelne Beitragen, meint der Inaktive Streikbrecher. Nur in einem ist er sich treu geblieben, der Herr Möhle, er sagt nämlich in seiner erwähnten Denkschrift: „Je gewaltiger nun der Krieg tobt, um so höher sind die Anforderungen in betreff Munitionserzeugung usw. und somit auch eine logische Folge erhöhter Verdienste.“ Das ist natürlich die Hauptursache, heute noch. Größter Verdienst und schärfster Gegner der Kampf-Gewerkschaften: das war der Herr Möhle während des Krieges. Nach dem 9. November blutig-rote Revolutionäre, der nicht genug Streiks und Lohn-erhöhungen haben kann. Daß er gleich Gemeindevertreter der U. S. V. geworden ist, beweist, daß seine Partei einmal seine „Fähigkeiten“ zu schätzen weis und zum andern immer noch den Satz gelten läßt: Seht Euch Eure Führer an! — Wir gratulieren die U. S. V. zu dieser „Erzungenhaft der Revolution“.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Bankrott. An den letzten Wolltagen können in Folge größerer Beanspruchung der verpackten Milch die Literarten ab 30. Oktober bis auf weiteres nur noch mit 1/4 Liter Frischmilch beliefert werden.

Johannisthal. 25 Freitag 250 Gramm Inlandsmarmelade (527), zwei Suppenlöffel (528), 200 Gramm Kaiskuchen (52), 150 Gramm Teigwaren (94).

Stegisch. Vom 20. Oktober bis 1. November 250 Gramm amerikanisches Weizenmehl auf Maßzahl K 20 der Einheitsmaßzahl, 250 Gramm Graupenmehl zu 0,30 M. auf Maßzahl 21 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, 1 Päckchen Milchpulver (0,55 M.) und 1 Päckchen Milchpulverpulver (0,30 M.) auf Maßzahl 5 K der neuen Quantitätstabelle.

Gewerkschaftsbewegung

Der Kampf in der Metallindustrie.

Insolge des kaiserrrigen Verhaltens der Unternehmer bei der Wiedereinstellung in die Betriebe gegenüber den bisher amtierenden Arbeiterausschüssen droht die Gefahr einer erheblichen Verschärfung des Kampfes. Wir wünschen, daß die Unternehmer von ihrem Herrenstandpunkt abgehen und im Interesse der Volkswirtschaft dem Streik nicht unnötig verlängern.

Leistungsausschüsse und technische Reformen im Eisenbahnbetrieb.

Infolge der zahlreichen Mängel über den Material-, Werkzeug-, mangel und das veraltete Arbeitsystem in den Eisenbahnbetrieben, das nach Ansicht der Eisenbahner die Produktion bisher außerordentlich gehemmt hat, hat sich das Eisenbahnministerium jetzt entschlossen, den Betrieb in den Lokomota- und Wagenreparaturwerkstätten auf eine moderne Grundanlage zu stellen, bei welcher den Arbeitern das gewünschte Mitbestimmungsrecht in weitgehender Weise gesichert wird. Schon im nächsten Monat werden innerhalb jedes Eisenbahnbetriebes sogenannte Leistungsausschüsse eingeführt, die vor allen Dingen die Produktion heben und für moderne Ausgestaltung des Betriebes sorgen sollen.

Die Leistungsausschüsse sind mit weitgehenden Rechten und Befugnissen ausgestattet. Aus jeder Betriebsgruppe, z. B. in der Schlosserei, Dreherei, Stelmacherei, Schmiede, in den Bureau usw. sind je zwei Angehörige der dort beschäftigten Arbeiter zu wählen. Sie zusammen mit den bereits bestehenden Arbeitern oder Betriebsräten die Produktion zu überwachen und für Reformen im Betrieb Vorschläge zu machen. Die Leistungsausschüsse sollen feststellen, ob jeder Arbeiter am rechten Platz steht, ob er imstande ist, die ihm übertragenen Arbeit durchzuführen und ob er ein zu verlangendes Mindestmaß an Arbeit erfüllen kann. Sie haben in gemeinsamer Beratung mit den Ingenieuren und Leitern der eigenen Werke Vorschläge über bessere Arbeitsmethoden, wissenschaftliche Neuerungen zu machen. Sie sollen ferner mit dafür Sorge tragen, daß jederzeit die Väter für Reparaturteile, Werkzeuge und sonstige Materialien so versorgt sind, daß eine Reparatur nicht unnötig verzögert wird. Sie sollen auch dafür sorgen, daß eine ständige Verbindung zwischen den Werksstätten oder Betrieben mit den Eisenbahndirektionen bzw. mit der Eisenbahnbetriebsverwaltung stattfindet.

Am Mittwochnachmittag fanden in allen Groß-Berliner Eisenbahnbetriebsstätten Betriebsversammlungen statt, in welchen die Arbeiterräte und Angehörigen Mittelungen über das neue Mitbestimmungsrecht mochten. Die Ansicht über die Leistungsausschüsse war jedoch recht geteilt. Namentlich die radikalen Elemente erklärten, wie aus der Diskussion hervorging, in diesem Falle des Eisenbahnministeriums nur ein Mittel der Verwaltung, miltärische Arbeiter aus der Betrieben zu entfernen. Es wurde ferner über das von der Regierung vorgeschlagene Prämiensystem für die Eisenbahnbetriebsstätten verhandelt. Mit wenigen Ausnahmen nahm man in Resolutionen gegen das Prämiensystem Stellung. Es wurde dafür die Annahme der neuen Tarife für die Eisenbahner gefordert.

Der Herr Reichspostminister und der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband.

Vom Zentralverband der Handlungsgehilfen wird uns geschrieben:

Die Zustände in den Betrieben der Oberpostdirektionen, insbesondere aber im Bezirk der Oberpostdirektion Berlin, haben den Zentralverband der Angestellten veranlaßt, eine Klage mit dem Herrn Reichspostminister zu beantragen. Schwere Klagen über das Ueberhandnehmen von Entlassungen der sogenannten Ausbeuter im mittleren Beamtenstand gingen der Organisation täglich zu. Ferner hatte der Zentralverband der Angestellten für die Berliner Berufsgruppe einen Tarifvertrag eingereicht. Es kam nicht einmal zu einer ernsthaften Verhandlung. Das Reichspostministerium weigerte sich, diesen Tarifvertrag abzu-schließen und miltärische sogar den vom Zentralverband ange-wiesenen Schlichtungsausschuss des Reichsarbeitsministeriums.

Nach einer zweimonatigen Wartezeit fand die Besprechung mit dem Herrn Reichspostminister am 21. Oktober statt. Nachdem sie ausschließlich vom Zentralverband gewünscht war, der auch einzig und allein Forderungen im Interesse der Angestellten im Bureau- und Telefondienst eingereicht hatte, wurde der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband und der Zentralverband der Kriegsbeschädigten zu dieser Sitzung mit eingeladen. Der Vertreter des Zentralverbandes erhob gegen die Anwesenheit der Vertreter anderer Organisationen Einspruch und wünschte festgehalten zu sehen, von wem diese Besprechung beantragt war. Der zuständige Referent im Reichspostministerium mußte daraufhin angeben, daß allerdings der Zentralverband der Angestellten ausdrücklich sowohl den Antrag als auch die Forderung für die Angestellten eingereicht hatte. Reichspostminister Sieberts lehnte trotzdem diese Klage dem Zentralverband gegenüber ab. Aus grundsätzlichen Erwägungen könnt er nur mit allen in Betracht kommenden Verbänden verhandeln.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband ist den Angestellten im mittleren Beamtenstand schon einmal in den Rücken gefallen. Er befähigte dem Reichspostministerium, daß der Abschluß eines Tarifvertrags für sie nicht notwendig sei. Die reaktionäre Auffassung des Reichspostministeriums fand die Zustimmung dieser angestrebten Angestelltengewerkschaft. Deshalb erscheint der liberale Schwanz, den der Herr Minister diesem Verbande angehängt hat, in einem ganz besonderen Licht.

Der Herr Minister sprach vom Schutz der Kinderheit. In Wirklichkeit waren zu dieser Besprechung durchaus nicht alle in Betracht kommenden Organisationen geladen. Der Schutz der Kinderheit bestand darin, gelbe Verbände heranzuziehen, die nicht einmal den Beweis ihrer Legitimation erbringen konnten. Als Vertreter der Kriegsbeschädigten waren unbegreiflicherweise die weit größeren und einflussreicheren Verbände, der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und der internationale Bund der Kriegsbeschädigten, nicht eingeladen.

Die Beamtenausbilder im Bureau- und Telefondienst werden sich trotz der Protesten der gelben Verbände keine anderen Organisationen ausdrängen lassen. Ihre Interessenvertretung haben sie sich selbst gewählt im Zentralverband der Angestellten.

Ist Waggonenladen Streikarbeit?

In Nummer 848 vom 20. 10. veröffentlichten wir eine Zuschrift der Organisation über den Streik im Eisenhandel, worin es am Schluß heißt: Ebenfalls läßt die Eisenbahnverwaltung Streikarbeit durch ihre Arbeiter verrichten. Vom Leiter einer Wagnerefabrikation erhalten wir hierzu folgendes Schreiben mit der Bitte um Aufnahme:

Es ist allgemein bekannt, daß die ungeheuren Schwierigkeiten im Verkehrsweisen neben dem Mangel an Lokomotiven auf den

